

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

05.05.2018 /19.20-19.50 Uhr
06.05.2018 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Mehr Geld für die Bundeswehr? Schlappe für die Verteidigungsministerin
- Bundeswehr im Kalten Krieg – Warum die Truppe mit chemischen Waffen ausgerüstet werden sollte
- US-Ausstieg programmiert? Atomdeal mit dem Iran auf der Kippe – Interview mit Dr. Oliver Meier, Stiftung Wissenschaft und Politik

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Zu einer neuen Ausgabe der Sendereihe begrüßt Sie Andreas Flocken.

Und das sind heute unsere Themen:

- Bundeswehr im Kalten Krieg - Truppe sollte mit chemischen Waffen ausgerüstet werden. Und:
- US-Ausstieg programmiert? Die Atomvereinbarung mit dem Iran auf der Kippe. Hierzu ein Interview.

Zunächst jedoch zum Streit um eine weitere erhebliche Steigerung der Ausgaben für die Bundeswehr. Das Kabinett hat in dieser Woche den Haushalt 2018 beschlossen. 38,5 Milliarden Euro stehen den Streitkräften in diesem Jahr zur Verfügung - rund 1,5 Milliarden mehr als im Vorjahr. Der Verteidigungshaushalt steigt also - nach den Eckpunkten des Finanzplans im Jahr 2022 sogar auf fast 44 Milliarden Euro. Er bleibt damit aber weiter klar unter dem 2 Prozent-Ziel der NATO. Für Verteidigungsministerin von der Leyen sind daher die beschlossenen Steigerungsraten viel zu niedrig.

Die CDU-Politikerin hatte für die nächsten Jahre 12 Milliarden Euro zusätzlich verlangt, drohte, andernfalls Rüstungsprojekte zu kippen. Doch Finanzminister Scholz zeigte sich davon nicht beeindruckt. Er ließ seine Kabinettskollegin abblitzen, genauso wie Gerd Müller, den Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der ebenfalls für die kommenden Jahre einen Nachschlag gefordert hatte.

Denn im Koalitionsvertrag haben Union und SPD das Ziel ausgegeben, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Experten sprechen von der sogenannten ODA-Quote. Die Abkürzung ODA steht für „Official Development Assistance“. Die beiden Unionspolitiker haben mit einer sogenannten Protokollnotiz ihre Vorbehalte gegen den Kabinettsbeschluss deutlich gemacht. Dort heißt es - Zitat:

Zitat

„Mit dem Entwurf für die Eckwerte 2019 würde die ODA-Quote von 0,5 Prozent auf 0,47 Prozent des [Bruttonationaleinkommens] BNE absinken. Den Eckwerten 2019 stimmen wir deshalb mit der Erwartung zu, dass im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens die noch fehlenden Mittel aufgebracht werden, um ein Absinken der ODA-Quote zu verhindern. Dies unterstützt über den vereinbarten Eins-zu-eins-Mechanismus gleichzeitig das Ziel der Bundesregierung, die Bundeswehr und die europäische Verteidigungsstruktur zu stärken.“

Der Hintergrund: Im Koalitionsvertrag ist vereinbart: Steigen die Mittel für die Entwicklungshilfe, steigen auch die Verteidigungsausgaben. Doch diese Formel hat gleich beim ersten Haushalt der großen Koalition nicht die vom Verteidigungsministerium erhofften Zuwächse für die Bundeswehr gebracht.

Ein gelassener Finanzminister Scholz stellte zu den Protesten seiner beiden Minister-Kollegen nach der Kabinettsitzung trocken fest:

O-Ton Scholz

„Ja die beiden, die Kollegin und der Kollege, haben schriftlich, wie wahrscheinlich jeder Ressortchef mündlich, darauf hingewiesen, dass wenn sie in die Zukunft schauen, viel mehr Geld brauchen als ihnen sichtbar gemacht worden ist. Da kann man immer nur darauf hoffen, dass die Zukunft so günstig verläuft, dass auch Geld da ist.“

Zu dem ungewöhnlichen Vorgang einer Protokollnotiz nahm Ursula von der Leyen nach der Kabinettsitzung ebenfalls Stellung, allerdings nur knapp:

O-Ton von der Leyen

„Hier ist es wichtig, dass im Haushaltsaufstellungsverfahren für die äußere Sicherheit eine solide Finanzperspektive auch für die nächsten Jahre geschaffen wird.“

Adressat war das Parlament. Denn das letzte Wort über den Haushalt hat der Bundestag.

Und die Abgeordneten sehen sich inzwischen immer öfter mit Negativschlagzeilen der Bundeswehr konfrontiert. Dass weiterhin keines der sechs U-Boote eingesetzt werden kann oder es immer wieder Probleme mit dem Transportflugzeug A400M gibt - daran hat sich die Öffentlichkeit inzwischen schon gewöhnt. Aber es gibt immer wieder neue Überraschungen. In dieser Woche wurde z.B. bekannt, dass von den 128 Eurofightern praktisch nur vier Maschinen für Kampfeinsätze bereitstehen - weil es Probleme mit der Selbstschutzausstattung gibt und es offenbar an einer ausreichenden Zahl von Luft-Luft-Raketen mangelt. Der stellvertretende Sprecher des Verteidigungsministeriums, Holger Neumann, wollte nicht konkret werden, räumte allerdings ein.

O-Ton Neumann

„Sie wissen, dass es vielfältige und komplexe Probleme sind, denen wir uns gerade ausgesetzt sehen. Die Trendwenden sind eingeleitet worden. Wir brauchen jetzt Zeit und vor allem auch das Geld, um diese Einsatzbereitschaftslage zu verbessern. In dem speziellen Fall dieser Kühlsysteme, den Sie ja auch erwähnt haben, ist es in der Tat so, dass wir hoffen, dieses Problem in einigen Wochen bis Monaten wieder in den Griff zu bekommen.“

Die Truppe muss also wieder einmal improvisieren. Ein Kraftakt. Denn die Bundeswehr will sich nicht mehr nur auf Auslandseinsätze konzentrieren, sondern auch auf die Landes- und Bündnisverteidigung. Das wird in dem Entwurf zur Konzeption der Bundeswehr noch einmal bekräftigt.

Die Verteidigungsministerin setzt jetzt ganz auf den Haushalt 2019, der im Herbst vom Parlament beschlossen wird. Aus dem Verteidigungsministerium ist zu hören, ohne mehr Geld würde man notfalls auch Rüstungsprojekte stoppen,

wie die Beschaffung weiterer U-Boote. Das könnte die Werften treffen, denen viele norddeutsche Bundestagsabgeordnete besonders verbunden sind. Allerdings zeigte sich der einflussreiche SPD-Haushälter Johannes Kahrs von dieser Drohung wenig beeindruckt:

O-Ton Kahrs

„Das Problem ist, dass die Verteidigungsministerin in den letzten Jahren jedes Jahr eine Milliarde zurückgegeben hat an den Finanzminister. Also nicht mehr Geld ausgegeben, sondern weniger ausgegeben, weil sie ihr eigenes Haus nicht im Griff hat, weil die Strukturen nicht funktionieren.“

Denn insbesondere bei der Rüstungsbeschaffung gibt es weiterhin viele Probleme. Der Bereich befindet sich im Umbruch, außerdem fehlt es an Personal. Mit mehr Geld allein lassen sich diese Defizite der Bundeswehr allerdings nicht beheben.

Themenwechsel.

Chemische Kampfstoffe gehören neben biologischen und atomaren Waffen zu den sogenannten Massenvernichtungswaffen. Chemische Kampfstoffe sind seit den 1990er Jahren international geächtet.

Anders als die NATO-Führungsmacht USA war die Bundeswehr nie im Besitz chemischer Waffen. Seit dieser Woche wissen wir aber nach Recherchen von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung, dass die politische und militärische Führung der Bundeswehr in den 1960er Jahren C-Waffen durchaus anstrebte. Es gab damals bereits eine geheime Planuntersuchung. Man war bereit, auf einen sowjetischen C-Waffeneinsatz mit eigenen chemischen Kampfstoffen zu reagieren - auch auf eigenem Territorium. Der Griff der Bundeswehr nach chemischen Waffen scheiterte aber letztlich an den USA. Zum Hintergrund der Bundeswehrplanungen Christoph Heinzle, Charlotte Horn und Lena Gürtler:

Politisch und moralisch schien die Lage für die Bundesrepublik eigentlich klar: nie wieder Giftgas. Eine Verpflichtung aus der Geschichte. Hatten doch deutsche Militärs Giftgas 1915 erstmals eingesetzt und deutsche Wissenschaftler viele chemische Kampfstoffe entwickelt, auch Zyklon B für den Massenmord in den NS-Konzentrationslagern.

Auch rechtlich schien die Lage klar. Mit seiner Unterschrift unter das Genfer Protokoll 1925 verpflichtete sich Deutschland, chemische und biologische Waffen nicht zu verwenden. Und mit dem Beitritt zu WEU und Nato verzichtete Bundeskanzler Adenauer 1954 auf die Herstellung von A-, B- und C-Waffen auf deutschem Boden. Der Tenor öffentlicher Stellungnahmen seitdem: die Bundesregierung kann, will, darf den Einsatz von C-Waffen nicht planen, nicht denken. Im ersten Weißbuch der Bundeswehr 1970 ist zu lesen:

Zitat

„Die Bundesrepublik (...) besitzt und lagert keine B- und C-Waffen, strebt weder deren Besitz noch Verfügungsgewalt darüber an, hat keinerlei Vorbereitungen für ihre Verwendung getroffen, bildet keine Soldaten dafür aus und wird dies alles auch in Zukunft nicht tun. Anderslautende Behauptungen, wie sie in der Öffentlichkeit gelegentlich aufgestellt werden, sind falsch.“

Anderslautende Behauptungen - die kamen zunächst aus der DDR. 1968 starteten SED und Stasi eine großangelegte Propagandakampagne zur „Enthüllung der westdeutschen B- und C-Waffen-Rüstung“. Jochen Staadt vom Forschungsverbund SED-Staat:

O-Ton Staadt

„Die Elemente der Kampagne waren zum einen - das ist auch ausdrücklich in den Dokumenten vermerkt - in der Bundesrepublik Unruhe zu stiften, möglichst breit. / Und auf der anderen Seite, international Wirkung zu erzielen, um die DDR als den besseren, friedlichen deutschen Staat darzustellen.“

„Bonn bereitet Giftkrieg vor“ hieß eine DDR-Broschüre damals. Westdeutsche Medien wie die Zeitschrift „Konkret“ und das ARD-Magazin „Monitor“ greifen die Vorwürfe auf, recherchieren selbst und berichten. Doch das Bundesvertei-

digungsministerium dementierte hartnäckig, erinnert sich Armin Halle, Pressesprecher des Ministeriums ab 1970:

O-Ton Halle

„Wir waren rein defensiv. Unsere schärfste Waffe im gesamten ABC-Geschäft war die Gasmasken.“

Hinter den Kulissen allerdings verfolgten Verteidigungsministerium und Bundeswehr jahrelang eine andere Agenda. Die Bundesrepublik wollte Chemiewaffen zwar nicht herstellen, wie ihr vorgeworfen wurde, aber aus den USA beschaffen und dann einsetzen, im Rahmen der Vergeltung eines Angriffs des Warschauer Paktes mit C-Waffen. Denn der Westen machte sich Sorgen über die sowjetische Übermacht im Bereich der C-Waffen, so der US-Militärhistoriker Reid Kirby:

O-Ton Kirby (overvoice)

„USA und Nato glaubten, dass der Warschauer Pakt gleich zu Beginn eines Konflikts chemische Waffen einsetzen würde. Und die USA waren darauf vorbereitet, mit den gleichen Waffen zurückzuschlagen.“

Auch die Alarmpläne der NATO sahen eine Vergeltungsfähigkeit mit C-Waffen vor. Doch sie bezeichnete ihre damaligen Fähigkeiten selbst als „schwach, ineffektiv und bruchstückhaft“. Westdeutsche Top-Generäle stießen eine Diskussion in der Allianz an. Der damalige Generalinspekteur Foertsch forderte unverblümt, nicht nur die USA, sondern auch andere Verbündete müssten über Chemiewaffen verfügen. Besonders die Bundesrepublik, so die Generäle. So schreibt 1964 der stellvertretende Inspekteur des Heeres, Karl-Wilhelm Thilo, in einem damals streng geheimen Papier:

Zitat

„Die Lücken der eigenen Vorbereitung – und damit die mangelnde Abschreckung – können den Feind geradezu einladen, entsprechende Waffen einzusetzen. Die erfolgreiche Abwehr eines solchen Angriffs wäre – nach Verlusten von Menschen und Gelände – dann nur noch durch einen Einsatz der zerstörend wirkenden A-Waffen möglich. Nur die ‚Vergeltungsfähigkeit‘ auch mit B/C-Waffen kann eine Abschreckungswirkung erzielen.“

Und die Bundesregierung machte einen konkreten Vorstoß – Ende 1963, erinnert sich Chemiewaffen-Experte Matthew Meselson, der damals für die US-Regierung arbeitete. Zitat:

Zitat

„Der deutsche Verteidigungsminister von Hassel bat die USA, Deutschland mit Chemiewaffen zu beliefern. Das war eine sehr ernstzunehmende Angelegenheit. Das politische Problem wäre gewaltig. Das war ein wirklich heißes Eisen und nur der Präsident konnte das entscheiden.“

Hierzu der Militärgeschichtler Kirby:

O-Ton Kirby (overvoice)

„In seiner ersten Reaktion war das US-Militär empfänglich für die Idee. Überraschenderweise haben sie es nicht verstanden, dass das ein sensibles Thema war. Für sie ging es nur um irgendein Waffensystem. Erst das US-Außenministerium äußerte Bedenken mit Blick auf die Außenwirkung, es könnte politisch heikel sein.“

Von Hassel wurde getröstet, die US-Regierung diskutierte auf Wunsch des Weißen Hauses zunächst einmal grundsätzlich.

Doch längst schon arbeitete die Bundeswehr an Details - in kleinem Kreis und streng geheim. Das zeigen die jahrzehntelang unter Verschluss gehaltenen Akten. Generalinspekteur Foertsch hatte bereits 1962 - also noch unter Verteidigungsminister Strauß - „vorbereitende Planungen“ für eine chemische Kriegführung befohlen. Zur Abschreckung, heißt es in den erst seit kurzem zugänglichen Akten.

Für den früheren Generalinspekteur Wolfgang Altenburg dagegen spricht aus den Dokumenten die Vorstellung, ein Krieg mit konventionellen und chemischen Waffen könnte führbar und kontrollierbar sein.

O-Ton Altenburg

„Das Hauptproblem war, dass C-Waffen gegenseitige Bedrohung von Ost und West, die Möglichkeit eines Krieges nicht ausschloss, sondern sie als Möglichkeit sah, bei der es dann nur darauf ankommt, wer ist besser, wer hat mehr. Aber das Entscheidende war ja, Dinge als Gefahr darzustellen, die unakzeptabel waren. Keiner will die Kategorie des Krieges dahingehend verändern, dass

sein Mutterland, sein eigenes Land entscheidend geschädigt werden kann. Das wäre bei Nuklearwaffen passiert.“

Doch war das rechtlich überhaupt zulässig, angesichts der internationalen Abkommen? Die Juristen des Bundesverteidigungsministeriums finden für die geheimen Planungen Lücken im Völkerrecht. Ihre Argumentation: der Bundesrepublik seien zwar Entwicklung, Herstellung und Ersteinsatz von C-Waffen verboten - erlaubt aber seien die Ausrüstung der Bundeswehr mit C-Waffen und die Ausbildung der Soldaten. Und für zulässig hielt man auch einen Vergeltungsschlag mit C-Waffen. Auf dieser Grundlage planten die Experten den Einsatz von chemischer Munition aus den USA durch Bundeswehr-Geschütze, Raketen und Flugzeuge aus amerikanischer Produktion. In dem Papier von General Thilo heißt es:

Zitat

„Der Friedensvorrat des Feldheeres an chemischer Sprengmunition wird eine Höhe von ca. 14.000 Tonnen erreichen. Für die Lagerung dieses Vorrates entsteht ein Landbedarf von ca. 250 Hektar.“

Und die Bonner Generäle verstärkten die Planungen sogar noch. 1966 setzt der Militärische Führungsrat die „Studiengruppe ABC-Wesen“ ein - ebenfalls streng geheim. Das Expertenteam bereitet die Planuntersuchung „Damokles“ vor. Im Truppenamt in Köln wird durchgespielt, wie die Bundeswehr auf einen C-Waffen-Angriff des Ostens reagiert: mit eigenen Chemiewaffen, Nervenkampfstoffen - verschossen von Artilleriegeschützen und Raketen, versprüht von Kampfflugzeugen. Schauplatz: die deutsch-deutsche Grenze nahe Braunschweig. Die Bundeswehr hatte nach dem Szenario ABC-Schutz - die westdeutsche Bevölkerung dagegen war völlig ungeschützt. Die Übung „Damokles“ war Höhepunkt umfassender Planungen über mindestens sechs Jahre hinweg. Reid Kirbys Fazit:

O-Ton Kirby (overvoice)

„Ganz sicher war das eine sehr ernsthafte Untersuchung Westdeutschlands, um chemische Waffen in seine Streitkräfte zu integrieren. Das sieht man auf jeden Fall an ihren logistischen Planungen. Sie haben alles Nötige zur Ausbildung und der Organisation darum herum bedacht. Sie haben es in ihren Planuntersuchungen durchgespielt. All diese Dinge waren nötig, für jemanden, der es ernst meint damit, chemische Waffen in die eigenen Militäroperationen zu integrieren.“

Hans-Georg Wieck arbeitete ab 1966 im direkten Umfeld der Verteidigungsminister Gerhard Schröder und Helmut Schmidt. Er kannte die Planungen damals nicht, hält sie aber mit Blick auf die Akten für richtig und plausibel.

O-Ton Wieck

„Wir befanden uns an der Nahtstelle zwischen zwei Weltmächten, die sich mit konventionellen und nuklearen und auch chemischen Waffen gegenüberstanden. Für den Fall einer Invasion musste man eine Antwort haben. Das finde ich, dass logisch gedacht ist und auch immer Herr des Verfahrens bleibt. Ich bin in eine Situation geraten, die der andere ausgelöst hat. Aber ich reagiere jetzt nicht mit einer open-ended escalation, sondern ich ziele mit meinen Reaktionen darauf ab, die andere Seite zur Einsicht zu bringen, diese Art von Kriegführung nicht fortzusetzen.“

Aus Sicht des früheren Generalsinspektors Wolfgang Altenburg dagegen widersprachen die jetzt bekannt gewordenen Planungen der Abschreckungsstrategie.

O-Ton Altenburg

„Ich stelle fest und bin hier in einigen Dingen sehr überrascht, mit welcher Intensität diese Dinge noch weiter verfolgt wurden, wo wir in der Allianz schon längst erkannt hatten, dass die Mittel, die Krieg abschrecken, politische Mittel sind und nicht die beste Waffe auf dem Gefechtsfeld. Und deshalb bin ich überrascht, bis zu welchen Zeiträumen immer noch Leute wieder studierten, in welcher Weise C vielleicht doch das Beste wäre.“

Die Planuntersuchung „Damokles“ im November 1967 war nicht nur Höhepunkt der Bundeswehr-Planungen, sondern offenbar auch Schlusspunkt, zumindest des Strebens nach eigenen Chemiewaffen. Denn Bewaffnungspläne hielt der Generalinspekteur zu diesem Zeitpunkt nicht für durchsetzbar. Ulrich de Maizière in seiner Schlussansprache an die „Damokles“-Teilnehmer. Zitat:

Zitat

„Ich habe ernsthafte Zweifel an einer positiven Entscheidung der derzeitigen Bundesregierung. Was wir aber tun können und sollten, ist, an der Problematik geistig weiterzuarbeiten, um den Kontakt zu weiteren Entwicklungen auf diesem Gebiet zu halten. Damit wäre sicherzustellen, dass wir bei etwaigen Entscheidungen in diesem Bereich die Konsequenzen richtig abschätzen könnten.“

Wenig später entscheidet Verteidigungsminister Gerhard Schröder, CDU, eine aktive Verwendung von chemischen Waffen durch die Bundeswehr zunächst

nicht vorzubereiten. Mitentscheidend dafür war sicherlich das Nein aus Washington. Keine Weitergabe von Chemiewaffen an NATO-Partner, entschied die US-Regierung 1966. Die Amerikaner ließen allerdings eine Hintertür offen, zeigen Dokumente des US-Verteidigungsministeriums. C-Waffen-Experte Ralf Trapp:

O-Ton Trapp

„Die Möglichkeit, dass im Kriegsfall die Bundeswehr von ihren Verbündeten oder von den Amerikanern in Sonderheit, dann chemische Waffen erhalten könnte, die sie dann selbst einsetzen würde, das musste immer als potenzielle Möglichkeit mit in Rechnung gestellt werden.“

Das wäre der Vereinbarung für den Nuklearkrieg sehr ähnlich. Auch hier wollten die USA Atomwaffen erst mit Beginn eines Konflikts für andere NATO-Truppen und auch die Bundeswehr freigeben, vorher aber in der eigenen Hand behalten.

Die deutsche Bitte hat die USA zu einer grundsätzlichen Neubestimmung ihrer C-Waffen-Strategie gebracht. Kurioserweise ein wichtiger Impuls für die Abrüstung.

O-Ton Nixon

“I hereby reaffirm that the United States will never be the first country to use chemical weapons to kill.”

Der Verzicht von US-Präsident Nixon auf den Ersteinsatz tödlicher Chemiewaffen und auf jeglichen Einsatz biologischer Waffen bereitete 1969 den Weg für ernsthafte Verhandlungen. Kurz darauf gab es das internationale B-Waffenverbot. Nach langem Ringen und dem Ende des Kalten Krieges dann auch die Chemiewaffen-Konvention.

Aber, so Ralf Trapp:

O-Ton Trapp

„Wir sehen heute eine Reihe von Problemen, die wir so in der Mitte der 90er Jahre nicht gesehen haben, sowohl im Hinblick von dem Wiedereinsatz von chemischen Waffen im Mittleren Osten, in Sonderheit in Syrien, als auch der jüngste Fall mit dem Giftanschlag auf Skripal in Großbritannien. Es ist nicht alles Friede, Freude, Eierkuchen. Es ist schon komplizierter und die Welt nicht

wesentlich einfacher. Sie ist vielleicht sogar komplizierter geworden, als es eine relativ einfache bilaterale Welt gewesen ist. Wer geglaubt hat, dass man mit einem solchen internationalen Vertrag allein das Problem des Missbrauchs giftiger Chemikalien zu feindlichen Zwecken lösen kann, das wäre naiv.“

* * *

Flocken

Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Jahrelang haben die Vetomächte des UN-Sicherheitsrates sowie Deutschland und die EU mit Teheran über das iranische Atomprogramm verhandelt. Die 2016 in Kraft getretene Vereinbarung wurden schließlich als historischer Meilenstein gefeiert - als ein Deal, der die Entwicklung von iranischen Atomwaffen verhindert habe. Im Gegenzug wurden damals die westlichen Sanktionen gegen den Iran aufgehoben.

Doch jetzt steht die Vereinbarung auf der Kippe. Denn anders als die Europäer hält US-Präsident Trump von dem Atom-Deal überhaupt nichts. Bis zum 12. Mai muss Trump entscheiden, ob die US-Sanktionen weiter ausgesetzt bleiben. Die Europäer befürchten allerdings, dass die USA sich von dem Abkommen verabschieden werden.

Hierüber habe ich mit Oliver Meier von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik gesprochen. Zunächst habe ich Oliver Meier gefragt, ob die Wiederaufnahme der US-Sanktionen letztlich das Ende der Atomvereinbarung mit dem Iran bedeuten würde:

Interview Andreas Flocken / Dr. Oliver Meier

Meier: Ja nicht notwendigerweise. Präsident Trump hat schon mehrmals über die weitere Suspendierung der Sanktionen entschieden und am 12. Mai ist jetzt turnusmäßig erneut eine solche Entscheidung notwendig. Es hängt ein bisschen davon ab, wie hart ein möglicher amerikanischer Ausstieg ausfällt. Wenn hier tatsächlich die USA nur nicht mehr weiter umsetzen, dann könnte mögli-

cherweise das Abkommen tatsächlich überleben. Der Iran hat gesagt, dass man in einem solchen Falle eine Kosten-Nutzen-Analyse machen würde, ob ein weiteres Mitwirken sinnvoll ist. Und die Europäer haben schon gesagt, dass sie ihrerseits aus dem Abkommen eigentlich nicht aussteigen wollen.

Flocken: Aber Präsident Trump kritisiert das Abkommen ziemlich hart. Was sind eigentlich seine Gründe? Warum ist er so vehement gegen diese Vereinbarung?

Meier: Es sind, glaube ich, mehrere Sachen, die hier zusammenkommen. Zum Einen haben der Präsident und die Administration eine grundsätzlich andere Sicht auf den Iran als die Europäer. Trump sieht den Iran als Wurzel praktisch aller Übel in der Region an. Die Europäer jedoch sehen potenziell zumindest die Möglichkeit, dass der Iran als Partner an der Bearbeitung einiger der vielen Probleme in der Region mitwirkt. Der Präsident sieht auch das Abkommen selbst sehr kritisch. Er glaubt, es ist zu eng gefasst, er glaubt, es sollte beispielsweise auch die iranischen Raketenaktivitäten klarer regeln. Es sollte zeitlich unbegrenzt sein, Kontrollen sollten sehr viel stärker sein, als sie angelegt sind. Das ist vielleicht der zweite Aspekt. Und der dritte ist natürlich, dass seine Kritik und seine Haltung zu dem Abkommen auch eine stark innenpolitische Komponente hat. Das Abkommen, der Iran-Deal, ist eben sehr stark mit Präsident Obama verknüpft und auch als Erfolg Obamas gefeiert worden. Und Präsident Trump lehnt eigentlich alles ab, was von Obama ausgehandelt worden und vereinbart worden ist. Auch von daher war es eben eines seiner zentralen Wahlkampfversprechen, auch hier aus diesem Deal auszusteigen.

Flocken: Die EU, insbesondere Deutschland und Frankreich, haben ja immer wieder gegenüber der Trump-Administration betont, dass ein US-Ausstieg aus dem Atomdeal fatal wäre für den gesamten Deal. So hat es der französische Präsident Macron bei seinem Besuch in Washington gesagt und auch Bundeskanzlerin Merkel. Nun hat es offenbar Verhandlungen zwischen den Europäern und den USA gegeben – angestrebt wird, neben dem Atomabkommen, ein Zusatzvertrag mit den USA. Und mit dieser Zusatzvereinbarung will man die Be-

denken der USA ausräumen. Mancher spricht von einem sogenannten „Deutungsvertrag“. Sind solche Überlegungen realistisch?

Meier: Das ist im Moment noch schwer abzusehen. Präsident Macron hat bei seinem Besuch vier Säulen eines solchen Dialoges mit den USA genannt, der möglicherweise dann auch in solchen zusätzlichen Vereinbarungen münden könnte. Er hat zum Einen gesagt, die Begrenzungen, die wir im Atomabkommen selbst haben, sollten Bestand haben. Das wäre die erste Säule, also die Begrenzung der Nuklear-Fähigkeiten. Er hat gesagt, dann müsste man darüber reden, wie man bestimmte Dinge weiterführen bzw. verstetigen kann. Das blieb unklar. Und das ist in der Tat ein sehr kritischer Punkt, weil die USA darauf bestehen, die Laufzeit einiger dieser Bestimmungen auf ewig zu verlängern. Das wird der Iran sicherlich nicht akzeptieren. Die dritte Säule, die er genannt hat, sind die Raketenaktivitäten des Iran, die im Atomabkommen selbst gar nicht geregelt sind, die aber in einer UN-Sicherheitsratsresolution, die dann kurz nach dem Abschluss des Abkommens verabschiedet wurde, als ein Problemfall benannt werden. Hier ergibt sich sozusagen tatsächlich ein gewisser Spielraum, über diese Thematik zu reden. Und die vierte Säule, die er genannt hat, sind die regionalen Aktivitäten des Iran, die im Abkommen selbst auch nicht geregelt sind, auch bewusst nicht geregelt worden sind. Hier teilen Europäer und Amerikaner sicherlich einige Sorgen über die iranischen Aktivitäten. Beispielsweise in Syrien, aber auch im Jemen.

Flocken: Aber das Ziel der Europäer ist doch, wenn ich das richtig verstanden habe, dass man den Kern der Vereinbarung, den Atomdeal, unangetastet lässt - dass man sozusagen nur eine Zusatzvereinbarung mit den USA schließt und den Iran außen vor lässt. Ist das so gedacht?

Meier: So habe ich die Äußerungen, die Macron in Washington bei seinem Besuch bei Präsident Trump auf der Pressekonferenz gemacht hat, nicht verstanden. Er sagt explizit, man möchte über diese Themen reden mit dem Iran und mit den Regionalmächten. Über welche Themen man unter Einbeziehung des Iran reden will und über welche vielleicht ohne den Iran, das war nicht ganz klar

und ist möglicherweise auch noch Verhandlungsgegenstand. Aber prinzipiell schien mir der Ansatz zu sein, hier tatsächlich den Iran mit einzubeziehen...

Flocken: ...aber der Iran lehnt ja genau das ab. Der Iran möchte ja nicht darüber sprechen.

Meier: Der Iran hat abgelehnt, das Atomabkommen selbst neu zu verhandeln. Und das wollen auch die Europäer nicht. Das wäre praktisch auch gar nicht machbar, weil man dann nicht nur einzelne Aspekte ändern müsste, sondern das gesamte Paket aufschnüren müsste. Das ist ein hochkomplexes und sehr dickes Paket, das man in langen Verhandlungen geschnürt hat. Also das Paket wieder aufzumachen, würde sehr, sehr schwierig werden. Aber es gibt eben andere Themen, wie beispielsweise die Raketenaktivitäten, wo der Iran prinzipiell nicht die Gespräche verweigert hat. Der Iran hat beispielsweise eine Begrenzung der Reichweiten der eigenen Raketen auf 2.000 Kilometer ins Spiel gebracht. Man hat gesagt, das braucht man im Moment sowieso nicht weiter zu erforschen und zu erproben. Man will eher zielgenauere Raketen entwickeln. Das wäre ein möglicher Ansatzpunkt, um mit dem Iran zu reden und vielleicht auch mit anderen Staaten der Region. Auch das hat Präsident Macron in der Pressekonferenz angedeutet. Denn das Problem der Raketenproliferation ist ja nicht nur ein iranisches, sondern betrifft die gesamte Region. Und es wäre sicherlich sinnvoll, über einige dieser Aspekte in einem größeren Rahmen zu sprechen, um die im Abkommen, oder in der UN-Sicherheitsratsresolution angelegten oder niedergelegten Vereinbarungen zu verallgemeinern.

Flocken: Der iranische Außenminister hat angekündigt, dass bei einem Ausstieg der USA Teheran die Anreicherung von Uran wieder aufnehmen würde. Das würde aber doch heißen, dass die Vereinbarung endgültig tot ist, und zwar auch für die Europäer.

Meier: Der Iran reichert auch jetzt schon Uran an. Das ist ihm in geringem Umfang auch unter dem Abkommen erlaubt. Allerdings ist diese Anreicherung mehrfach deutlich beschränkt, sowohl in Bezug auf die Menge der Zentrifugen, die der Iran betreiben darf, als auch in Bezug auf die Menge von angereicher-

tem Uran, die der Iran produzieren und im Land haben darf. Und auch in Bezug auf den Anreicherungsgrad. Wenn der Iran tatsächlich auch nur eine dieser Begrenzungen bewusst verletzt, dann wäre das Abkommen sicherlich gescheitert und dann würden auch die Europäer das in der entsprechenden gemeinsamen Kommission der Vertragsparteien, die es hier gibt, zur Sprache bringen. Und dann kommt das Abkommen natürlich sofort in sehr schweres Fahrwasser.

Flocken: Was würde denn ein mögliches Ende des Atomdeals innenpolitisch für den Iran bedeuten? Denn immerhin gilt ja auch der Staatspräsident eher als Reformler, wenn man ihn vergleicht mit den anderen Fraktionen dort. Wäre Präsident Rohani dann nicht erheblich geschwächt?

Meier: Ja, das ist wohl so. Präsident Rohani, auch sein Außenminister Sarif haben ihr politisches Schicksal sehr eng mit diesem Atomabkommen verknüpft. Sie haben immer argumentiert, dass sie darauf hoffen, dass mit der Umsetzung dieses Abkommens die wirtschaftliche Entwicklung im Iran einen Aufschwung verzeichnet. Dass hier ein Wirtschaftsaufschwung einsetzt - dafür gibt es sogar erste Anzeichen - weil bestimmte Sanktionen nicht mehr umgesetzt werden. Und auch, weil europäische und andere Unternehmen, wenn auch noch nicht in dem erhofften Maße, immerhin wieder in den Iran zurückkehren. Sollte dies zum Stillstand kommen oder sollte sich vielleicht die wirtschaftliche Entwicklung dann in der Folge der Wiederverhängung der Sanktionen umkehren, dann kommt natürlich Rohani in ganz schweres Fahrwasser. Und es gibt eben viele Kritiker des Abkommens, denen insgesamt der Kurs Rohanis nicht passt, die nur darauf warten, tatsächlich auch eine härtere Gangart gegenüber den USA und dem Westen fahren zu können.

Flocken: Die Europäer wollen ja unbedingt an der Atomvereinbarung mit dem Iran festhalten. Sind sie eigentlich auf einen möglichen Ausstieg der USA aus diesem Atomvertrag mit dem Iran vorbereitet? Hat man einen Plan B?

Meier: Das hängt ein bisschen davon ab, wie die Amerikaner aus dem Abkommen aussteigen würden. Noch wissen wir das ja nicht. Es sind verschie-

dene Optionen denkbar. Die unproblematischste Version wäre, wenn die Amerikaner zwar verkünden, dass sie die Sanktions-Suspendierungen nicht verlängern, aber tatsächlich die Umsetzung dieser Sanktionen - die ja eben auch extritorial wirken könnten und damit auf europäische Unternehmen träfen, die mit dem Iran Handel treiben - gar nicht anordnen. Also, dass die Administration sozusagen diese Entscheidung [in der Praxis] nicht vollzieht. Dann könnte man sicherlich darauf hoffen, dass europäische Unternehmen eben keine direkten Auswirkungen durch diese amerikanische Entscheidung spüren würden. Die härteste Variante wäre, wenn die USA in die gemeinsame Kommission der Vertragsparteien gehen und dort den sogenannten Snapback-Mechanismus aktivieren, der damals aufgenommen worden ist...

Flocken: ...was heißt Snapback?

Meier: Snapback heißt, dass hier ein Mechanismus im Abkommen enthalten ist, der es den ständigen Sicherheitsratsmitgliedern ermöglicht, einen Mechanismus anzustoßen, der letzten Endes dazu führt, dass die von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen automatisch wieder verhängt werden. Man dachte damals an schwere Verletzungen des Abkommens durch den Iran. Dieses Snapback könnten die USA tatsächlich tun. Und dann würden, zumindest formal, diese UN-Sanktionen wieder verhängt werden. Das wäre politisch mit hohen Kosten verbunden, weil wir bisher überhaupt keine Indizien dafür haben, dass der Iran das Abkommen selbst verletzt. Die internationale Atomenergieorganisation hat elf Mal, seitdem das Abkommen ausgehandelt wurde, bescheinigt, dass dem Iran keine schwerwiegenden Verletzungen nachzuweisen sind. Es gibt auch keine Indizien dafür, dass der Iran hier im Geheimen Atomwaffen anstreben würde. Ich glaube, die USA würden sich dann doch außenpolitisch extrem isolieren, wenn das erfolgen würde. Aber es ist theoretisch eine Möglichkeit. Und das würde die Europäer wirklich vor eine ganz schwierige Situation stellen, weil man sich dann dazu verhalten müsste, dass die USA hier ganz offensichtlich unbegründet dieses Abkommen scheitern lassen.

Flocken: Das Wiedereinsetzen der Sanktionen durch ein sogenanntes Snapback-Verfahren - ginge das denn ohne einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates?

Meier: Ja, das Verfahren ist tatsächlich so angelegt, dass man hier keine Entscheidung des UN-Sicherheitsrates braucht, sondern im Gegenteil, man bräuchte eine Entscheidung des UN-Sicherheitsrates, um eine Wiederverhängung zu verhindern. Der Gedanke kam damals vor allen Dingen von den Kritikern im amerikanischen Kongress, als das Abkommen ausgehandelt wurde. Man hat gesagt: wir werden uns nicht von einem russischen oder chinesischen Veto im Sicherheitsrat abhängig machen. Daher ist dieser Snapback-Mechanismus eben so gestaltet, dass er auch ohne eine neue Beschlussfassung möglich wäre. Wie gesagt: das ist eine Möglichkeit, die da ist, die im Abkommen auch angelegt ist, aber sie ist recht unwahrscheinlich, weil das die USA tatsächlich in eine Abseits-Position bringen würde, die es den Europäern wahrscheinlich sogar leicht machen würde, sich dann tatsächlich von den Amerikanern zu distanzieren.

Flocken: Russland und China haben die Atomvereinbarung ebenfalls unterzeichnet. Haben Peking und Moskau überhaupt Möglichkeiten, die USA sozusagen in die Richtung zu bewegen, dass die USA nicht aussteigen? Oder hat man dort überhaupt keine Möglichkeiten? Man hört in der Öffentlichkeit von den Chinesen und den Russen relativ wenig.

Meier: Die Trump-Administration hat die Chinesen und insbesondere auch die Russen in eine extrem komfortable Position gebracht. Man kann hier beobachten, wie Europäer und Amerikaner transatlantisch doch deutlich unterschiedliche Positionen beziehen. Hier hat die US-Administration tatsächlich von sich aus diesen transatlantischen Spaltplatz angelegt. Und von daher muss man sich dazu gar nicht verhalten. Man bietet dem Iran engere Wirtschaftsbeziehungen an. Auch die Lieferung von Militärgütern, insbesondere durch Russland, hat zugenommen. Man hofft natürlich, den Iran als strategischen Partner zu gewinnen und dass langfristig diejenigen, die auch im Iran versuchen, vor allem mit Europa bessere Beziehungen aufzubauen, durch diese US-Politik geschwächt

werden. Von daher gibt es vielleicht gar nicht so ein großes Interesse, dieses Abkommen tatsächlich zu retten, sondern die Beziehungen zum Iran auszubauen. Man sieht das ja auch in Bezug auf Syrien, wo Russland und Iran sehr eng kooperieren. Und von daher spielt man hier ganz klar, insbesondere Russland, in die Hände.

Flocken: Sehen Sie noch Kompromissmöglichkeiten, Präsident Trump am Festhalten der Atomvereinbarung zu bewegen?

Meier: Ja, Kompromissmöglichkeiten gibt es sicherlich. Präsident Macron hat offensichtlich hier ein solches Angebot gemacht, wie man die strittigen Fragen weiter besprechen kann, über welche man weiter reden soll, und in welchem Rahmen. Also, was die möglichen Kompromisslinien sind, worüber man mit dem Iran und worüber ohne den Iran weiterreden will. Von daher hoffen die Europäer, dass die Amerikaner sich darauf einlassen und weiterhin daran mitwirken. Aber die Voraussetzungen, dass dieser Prozess in Gange kommt, ist natürlich eine verlässliche Zusage der amerikanischen Regierung, dass man weiterhin und auch langfristig dieses Abkommen umsetzen will. Das Abkommen lebt eben nicht nur von der Kontrolle des Iran, sondern es lebt auch sehr stark von dem Gedanken, dass man mit dem Iran zusammenarbeiten will; im wirtschaftlichen Bereich, sogar im nuklearen Bereich. Diesen Teil des Abkommens, den wollen die USA aber nicht umsetzen. Diese Hürde zu nehmen, wird wohl in der Tat sehr schwierig werden.

Flocken: Wie ist denn Ihre Einschätzung bis zum 12. Mai? Wird Trump aus dem Abkommen aussteigen oder nicht?

Meier: Das ist sehr schwer zu sagen. Bei dem Besuch von Präsident Macron hat Trump selbst gesagt, keiner weiß, wie er entscheidet. Vielleicht weiß er es selber noch nicht. Die Bedingungen haben sich sicherlich verschlechtert, auch durch die Ernennung von John Bolton als Sicherheitsberater und von Pompeo als neuem Außenminister. Das sind zwei scharfe Kritiker des Iran-Abkommens, die vermutlich großen Einfluss auf die Meinungsbildung des Präsidenten haben werden. Da wird man abwarten müssen, wie die Entscheidung ausfällt. Ich be-

fürchte bloß, dass dieses langfristige Commitment, das man eigentlich von den USA bräuchte, mit diesem Präsidenten sehr schwer zu bekommen sein wird.

* * *

Flocken

Oliver Meier von der Stiftung Wissenschaft und Politik über die Atomvereinbarung mit dem Iran. Die Langfassung des Interviews finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Soviel für heute. Die Sendung ist auch als Podcast verfügbar, ebenfalls unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.